

ERNST RUDOLF HUBER

DEUTSCHE
VERFASSUNGSGESCHICHTE

SEIT 1789

Band II

Der Kampf um Einheit und Freiheit

1830 bis 1850

Dritte wesentlich überarbeitete Auflage

W. KOHLHAMMER VERLAG
STUTTGART BERLIN KÖLN MAINZ

INHALTSVERZEICHNIS

A. Deutschland nach der Julirevolution

Kapitel I. Die deutschen Länder 1830-1840.	3
§ 1. Das Kaisertum Österreich.	3
I. Der österreichische Staatsgedanke.	4
1. Österreichs nationenumgreifender Auftrag.	4
2. Österreich und Deutschland.	6
3. Die Führungsschicht des österreichischen Staats um 1835.	7
II. Der österreichische Staatsaufbau.	10
1. Krone und Regierung.	10
2. Die Gebietsgliederung.	11
III. Der Thronwechsel von 1835 und die Staatskonferenz.	12
§ 2. Das Königreich Preußen.	15
I. Die preußische Staatsidee.	15
1. Der Gesetzesstaat.	16
a) Gesetzesstaat und königliche Gesetzgebungsgewalt.	16
b) Gesetzesstaat und königliche Gerichtsherrlichkeit.	17
c) Gesetzesstaat und Rechtsstaat.	19
2. Ordnung und Dienst als Kern der Staatlichkeit.	19
a) Der Staat als Ordnung.	19
b) Der Staat als Dienst.	21
II. Das preußische Staatssystem.	23
1. Staatsministerium und Staatsrat.	23
2. Der Ausbau der Staatsverfassung.	25
a) Die Gemeindeverfassung.	25
b) Die Rechtsverfassung.	26
3. Die Reform der Wirtschafts- und der Sozialverfassung.	27

Inhaltsverzeichnis

3. <i>Der süd- und südwestdeutsche Konstitutionalismus nach 1830.</i>	30
I. Die Julirevolution und Deutschland	31
II. Bayern nach der Julirevolution	32
1. Die Dezemberunruhen 1830 und die Schenksche PreßVerordnung	32
2. Der Sturz des Ministers v. Schenk.	33
3. Der Streit um den Abgeordneten-Urlaub	34
4. Der Streit um das Budgetrecht	35
5. Das Ministerium Oettingen-Wallerstein.	36
III. Württemberg nach der Julirevolution	36
1. Der Kampf um das Versammlungsrecht des Landtags.	36
2. Die Opposition auf dem „Vergeblichen Landtag“ (1833).	37
3. Die Landtage bis zum Austritt der Opposition (1838).	39
IV. Baden nach der Julirevolution.	39
1. Der badische Liberalismus und das Preßgesetz	39
2. Streitfragen zwischen Regierung und Kammern	42
3. Der Streit um das badische Preßgesetz	43
V. Hessen-Darmstadt nach der Julirevolution	44
VI. Nassau nach der Julirevolution.	45
4. <i>Der Umsturz in Braunschweig.</i>	46
I. Die Erneuerte Landschaftsordnung vom 25. April 1820.	47
II. Der braunschweigische Thronstreit	48
1. Die braunschweigisch-hannoverschen Auseinandersetzungen.	48
2. Der braunschweigisch-hannoversche Streitfall vor dem Bundestag	50
3. Der Streit des Herzogs mit den Landständen und der Aufstand von 1830.	51
4. Der Sturz des Herzogs Karl.	53
5. Die Thronerhebung des Herzogs Wilhelm.	55
6. Der Deutsche Bund und der braunschweigische Thronwechsel	57
III. Die Neue Landschaftsordnung vom 12. Oktober 1832.	60
' 5. <i>Die Verfassungsbewegung in Kurhessen</i>	62
I. Der kurhessische Verfassungskampf.	63
1. Staat und Stände in Kurhessen.	63
2. Die bürgerliche Erhebung von 1830.	64
3. Die Verabschiedung der Verfassung	66
II. Die Institutionen der Verfassung vom 5. Januar 1831.	68
III. Die ersten kurhessischen Verfassungskonflikte.	70
1. Das erste Ministerium Hassenpflug.	70
2. Das Ministeranklageverfahren gegen Hassenpflug	72
3. Der Streit um die Rotenburger Quart	74
4. Das Ende des ersten Ministeriums Hassenpflug.	75

Inhaltsverzeichnis

§ 6. Die Verfassungsbewegung in Sachsen	76
I. Die sächsische Verfassungsentwicklung bis 1830	76
1. Das sächsische Ständewesen	77
2. Die sächsischen Unruhen von 1830	79
II. Die Institutionen der Verfassung vom 4. September 1831	81
5 7. Die Verfassungsbewegung in Hannover	84
I. Altständische und landständische Verfassungsprobleme	84
1. Das hannoversche Ständewesen	84
2. Die Verfassung von 1819	86
3. Die hannoverschen Unruhen von 1830	87
II. Die hannoversche Verfassung vom 26. September 1833	90
5 8. Der Staatsstreich in Hannover	91
I. Der Thronwechsel von 1837	91
II. Die Aufhebung der hannoverschen Verfassung	92
1. Die Berufung König Ernst Augusts auf die agnatischen Rechte	92
2. Die ersten Regierungsmaßnahmen König Ernst Augusts	93
3. Das königliche Patent vom 1. November 1837	95
III. Die Göttinger Sieben	96
1. Der Verfassungseid der Beamten im Staatsstreichfall	96
2. Die Protestationsschrift der Sieben (18. November 1837)	98
3. Die Amtsenthebung der Sieben (14. Dezember 1837)	101
4. Die Frage nach der Rechtmäßigkeit der Entlassungen	102
5. Die Gehaltsklage der Sieben	104
6. Die öffentliche Meinung und der Widerstand der Sieben	105
5 9. Der hannoversche Verfassungsstreit vor dem Bundestag	106
I. Die Zuständigkeit des Bundestags	106
II. Die Verfassungsbeschwerden an den Bundestag	107
1. Die Aktivlegitimation zur Verfassungsbeschwerde	107
2. Die Verfassungsbeschwerde der hannoverschen Ständeversammlung	108
3. Die Verfassungsbeschwerde der Stadt Osnabrück	HO
III. Der Bundesbeschluß vom 5. September 1839	111
IV. Die hannoversche Verfassung von 1840	114
5 10. Abfall und Teilung Luxemburgs	115
I. Der Aufstand in Luxemburg	115
II. Die Bundesintervention und die Londoner Fünfmächtekonferenz	117
1. Das niederländische Beistandsersuchen an den Bundestag	117
2. Die Aufstellung des Bundes-Interventionskorps	119

Inhaltsverzeichnis

III. Die Teilung Luxemburgs120
1. Die Separationsakte vom 15. Oktober 1831.120
2. Der Traktat vom 19. April 1839.123
Kapitel II. Die Bundesmaßnahmen zur Herstellung und Erhaltung der Ruhe in Deutschland125
§11. <i>Der nationaldemokratische Radikalismus in Deutschland nach 1830.</i>125
I. Deutschland und der europäische Radikalismus.126
II. Das Junge Deutschland129
III. Das Junge Europa131
§ 12. <i>Das Hambacher Fest.</i>133
I. Das Fest als Akt politischer Repräsentation133
II. Der deutsche Preß- und Vaterlandsverein135
1. Gründung und Ziele des Preß Vereins135
2. Das Verbot des Preßvereins.139
III. Das Nationalfest auf dem Hambacher Schloß.140
1. Die Hambacher Festtage (27.-30. Mai 1832).140
2. Die Reden des Hambacher Festes.144
3. Die Ablehnung der direkten Aktion.146
IV. Die Reaktion auf das Hambacher Fest147
1. Die deutschen Regierungen und das Hambacher Fest.147
2. Der Belagerungszustand in der Rheinpfalz.148
3. Der Aufruhr im Fürstentum Lichtenberg.149
§ 13. <i>Die Bundesmaßregeln zur Abwehr der Nationalbewegung.</i>151
I. Abwehrmaßregeln vor dem Hambacher Fest.151
1. Der Bundesbeschluß vom 21. Oktober 1830.151
2. Zusätzliche Bundesmaßnahmen auf dem Gebiet des Universitäts-, des Presse- und des Landesverfassungsrechts.152
II. Die Sechs Artikel vom 28. Juni 1832.154
1. Das Zustandekommen der Sechs Artikel der Bundesgewalt154
2. Der Inhalt der Sechs Artikel.155
a) Die Beschränkung des landständischen Petitionsrechts.155
b) Die Beschränkung des landständischen Budgetrechts.156
c) Die Beschränkung des landständischen Gesetzgebungsrechts....	.156
d) Die Einsetzung der Bundesüberwachungskommission.157
e) Die Beschränkung der landständischen Rede- und Berichtsfreiheit .	.157
f) Die Beschränkung des Rechts zur Verfassungsauslegung.158
3. Die Rechtswirkung der Sechs Artikel.159
4. Ausländische Einmischungen in die Bundespolitik von 1832.161

Inhaltsverzeichnis

III. Weitere Bundesmaßnahmen gegen die Vereins-, Versammlungs- und Preßfreiheit162
1. Das Maßregeln-Gesetz vom 5. Juli 1832162
2. Die verschärfte Handhabung des Bundes-Preßgesetzes.163
§ 14. <i>Der Frankfurter Wachensturm.</i>164
I. Der Anschlag auf den Bundestag164
1. Vorbereitung und Ziel des Wachensturms.164
2. Der Fehlschlag des Wachensturms.166
II. Die Bundesintervention in Frankfurt167
1. Die Belegung Frankfurts mit Bundestruppen.167
2. Die verfassungsrechtliche Zulässigkeit der Bundesintervention in Frankfurt169
3. Die Eingliederung der Stadtruppen in das Bundes-Sicherheitskorps170
4. Die Beendigung der Bundesintervention in Frankfurt.172
§ 15. <i>Die Bundesmaßnahmen von 1833/34.</i>173
I. Die Verfolgung der deutschen Opposition.173
1. Die neue Bundes-Zentraluntersuchungsbehörde.173
2. Die Strafverfolgungsmaßnahmen gegen die radikale Opposition175
II. Die Bundesbeschlüsse von 1834.177
1. Die Wiener Konferenzen.177
2. Die Rechtsgeltung des geheimen Bundesbeschlusses vom 12. Juni 1834178
3. Der Protest gegen den Bundesbeschluß vom 12. Juni 1834.180
III. Der Inhalt der Sechzig Artikel.180
(‘ 4. Das Bundesschiedsgericht180
2. Die Beschränkung der landständischen Rechte.181
3. Die Handhabung der Zensur.182
4. Die Überwachung der Universitäten.183
5. Die Beschränkung der Gerichtsbarkeit.183
Kapitel III. Staat und Kirche in Preußen 1830-1848.185
§ 16. <i>Das preußische Mischehenrecht.</i>185
I. Die Mischehenfrage in Preußen.186
1. Die Mischehenfrage im konfessionell gemischten Staat.186
2. Die Mischehenfrage und die Anfänge der romtreuen Partei.188
II. Das kirchliche Mischehenrecht189
1. Das Kanonische Recht189
2. Die Benedictina190
III. Die staatlichen Mischehengesetze.191
1. Der preußische Rechtszustand bis 1815.191
2. Die Lage des preußischen Mischehenrechts seit 1815.192
3. Die Kabinettsorder vom 17. August 1825.193

Inhaltsverzeichnis

§17. Das Mischehen-Breve von 1830 und die Mischehen-Konvention von 1834	194
I. Das Mischehen-Breve Papst Pius' VIII.	194
1. Die Verhandlungen über die Mischehen 1828-30.	194
2. Das Breve vom 25. März 1830.	196
3. Die Annahme des Breve durch den preußischen Staat	197
a) Neue Verhandlungen mit Rom.	197
b) Schmeddings Verhandlungen mit den rheinischen Bischöfen	198
II. Die Berliner Konvention vom 19. Juni 1834.	200
1. Der Abschluß und Inhalt der Konvention.	200
2. Die Berliner Konvention und die Kurie.	201
a) Die Hoffnung auf Duldung der abgemilderten Praxis.	201
b) Die Bekanntgabe der bischöflichen Pastoralen an die Kurie	203
c) Die Geheimhaltung der Konvention.	203
3. Die Rechtsproblematik der Berliner Konvention.	204
§ 18. <i>Erzbischof Droste-Vischering und die Anfänge des Mischehenstreits.</i>	207
I. Der Wechsel auf dem Kölner Erzstuhl.	208
1. Die Kandidatur des Frh. Clemens August v. Droste-Vischering	208
2. Die Anerkennung der Berliner Konvention durch Droste-Vischering	209
II. Die erste Krise in der Mischehenfrage und ihre Beilegung	211
1. Die öffentlichen Angriffe gegen die neue Mischehenpraxis	211
2. Der erste Notenwechsel wegen des Vollzugs des Mischehenbreve	213
3. Die bischöflichen Berichte über den Vollzug des Mischehenbreve	214
4. Der Widerruf des Bischofs v. Hommer.	215
§ 19. <i>Der Streit um den Hermesianismus.</i>	217
I. Die Verdammung der hermesischen Schriften.	217
1. Das Verdammungsdekret vom 26. September 1835.	217
2. Das Kölner Rundschreiben vom 29. Oktober 1835.	220
II. Staat und Kirche in der hermesischen Sache.	221
1. Der preußische Staat und der Hermesianismus.	221
2. Die Maßnahmen Droste-Vischerings gegen den Hermesianismus	222
a) Der Beichtväter-Erlass	222
b) Die Vorlesungssperre gegenüber der Bonner Fakultät	222
c) Die achtzehn Thesen.	224
III. Die Verhandlungen über die Beilegung des hermesischen Streitfalls	225
§20. <i>Der Kölner Konflikt.</i>	226
I. Der Ausbruch des Konflikts.	228
1. Die Verschärfung der Kölner Mischehenpraxis.	228
2. Das Scheitern der Verhandlungen im September 1837.	230
3. Die Verhaftung des Erzbischofs.	232

Inhaltsverzeichnis

II. Die Rechtsproblematik des Vorgehens gegen den Erzbischof von Köln . . .	234
1. Der Vorwurf des Hoch- und Landesverrats.	234
2. Die administrative Festnahme des Erzbischofs.	236
§ 21. <i>Der offene Kampf zwischen Kirche und Staat.</i>	239
I. Die Kurie und der Kölner Konflikt	239
1. Die Amtsentfernung des Erzbischofs und das Kölner Domkapitel	239
2. Die Allokution Papst Gregors XVI. vom 10. Dezember 1837.	240
II. Die Aufhebung der Berliner Konvention.	243
1. Der Rücktritt der Bischöfe von der Konvention.	243
2. Die Rechtsproblematik des Vertragsrücktritts.	244
III. Die Ausdehnung des Kirchenstreits.	245
1. Der Konflikt in Posen-Gnesen	246
2. Der Konflikt in Ermland, Kulm und Breslau.	248
3. Die Rechtsproblematik des Vorgehens gegen den Erzbischof von Dunin	249
IV. Die öffentliche Meinung und der Kirchenkonflikt	250
1. Der Meinungskampf um die Kölner Frage.	250
2. Der Görressche „Athanasius“.	253
§ 22. <i>Die Beilegung des Kirchenstreits.</i>	255
I. Friedrich Wilhelm IV. und die Idee des christlichen Staats.	256
II. Die Befriedung der staatlich-kirchlichen Streitigkeiten.	257
1. Die Ausschaltung Droste-Vischerings und die Begnadigung Dunins	257
2. Die Mission des Grafen Brühl.	258
3. Die Konvention vom 23./24. September 1841.	259
4. Die Beilegung der Streitigkeiten in Trier und Breslau.	260
III. Das neue Bündnis von Kirche und Staat	262
1. Freiheit in der Verbundenheit	262
2. Das Kölner Dombaufest von 1842 als Sinnbild der Verbundenheit von Kirche und Staat	263
IV. Die deutschkatholische Bewegung und der Staat	265
§ 23. <i>Verfassungsprobleme der evangelischen Union.</i>	268
I. Kämpfe um die Union im Ausgang der Regierung Friedrich Wil- helms III.	269
1. Gegenbewegungen gegen die Union im Westen.	269
2. Die Rheinisch-Westfälische Kirchenordnung von 1835.	270
3. Die schlesischen Altlutheraner.	272
II. Friedrich Wilhelm IV. und die Union.	275
1. Die Idee der evangelischen Hochkirche.	275
2. Die kirchlichen Parteien.	277
3. Das Religionspatent vom 30. März 1847.	279
4. Die Generalsynode von 1846 und das Scheitern der Kirchenverfassung.	280

Inhaltsverzeichnis

Kapitel IV. Der Deutsche Zollverein	282
§ 24. <i>Gründung und Erweiterung des Zollvereins.</i>	282
I. Die Gründung des Zollvereins	283
1. Die preußische Zollpolitik seit 1830.	283
2. Der preußisch-kurhessische Zollvertrag von 1831.	284
3. Die Verschmelzung des preußisch-hessischen und des süddeutschen Zollvereins.	285
4. Der Beitritt Sachsens und Thüringens.	286
II. Die erste Zollvereins-Periode 1834-1842.	288
1. Der Beitritt Badens, Nassaus und Frankfurts.	288
2. Die Gründung des Steuervereins.	290
3. Die Verlängerung und Erweiterung des Zollvereins 1841/42.	291
§ 25. <i>Die Verfassung des Zollvereins.</i>	292
I. Die Organisation des Zollvereins.	292
1. Die Mitgliedschaft im Zollverein.	292
2. Die Generalkonferenz	294
II. Die Zuständigkeit des Zollvereins.	294
1. Die Zollgesetzgebung	294
2. Die Handelsverträge des Zollvereins.	296
3. Die Verwaltungszuständigkeiten des Zollvereins.	297
4. Das Rechnungswesen des Zollvereins.	299
5. Die Gerichtszuständigkeit des Zollvereins.	300
§ 26. <i>Die Rechtsnatur des Zollvereins.</i>	300
I. Die Souveränität der Mitgliedstaaten und der Zollverein.	301
II. Zoll-Bundesstaat oder Zoll-Staatenbund?.	303

B. Der Vormärz

Kapitel V. Staat, Gesellschaft und Parteien im Vormärz	309
§ 27. <i>Bürgerliche Gesellschaft und bürgerliche Revolution.</i>	309
I. Staat und bürgerliche Gesellschaft.	309
II. Liberalismus, Demokratie und bürgerliche Revolution.	311
III. Europa und die deutsche Revolution.	315
§ 28. <i>Bürgerliche Gesellschaft und politische Parteien.</i>	317
I. Von der parteilosen Verfassung zum deutschen Parteiensystem.	318

Inhaltsverzeichnis

1. Die Entstehung des Parteiensystems.	318
2. Das Parteienverbot und die Repräsentativverfassung.	319
II. Der Begriff der politischen Partei.	320
III. Das Parteiensystem als Vermittlung zwischen Gesellschaft und Staat	322
Kapitel VI. Das deutsche Fünfparteiensystem.	324
§ 29. <i>Der deutsche Konservatismus.</i>	324
I. Der europäische und der deutsche Konservatismus.	326
1. Die Anfänge des europäischen Konservatismus.	326
2. Die konservative Staatstheorie von Burke bis Hegel.	327
II. Die Gruppen des preußischen Konservatismus.	331
1. Die ständisch-konservative Gruppe.	331
a) Die hochkonservative Welt- und Geschichtsauffassung.	331
b) Staat und Kirche im hochkonservativen Denken.	333
c) Staat und Stände im hochkonservativen Denken.	334
d) Das monarchische Prinzip.	335
e) Deutsche Einheit oder Europäische Ordnung.	337
f) Die Mitglieder der hochkonservativen Gruppe.	338
2. Die sozialkonservative Gruppe.	340
3. Die nationalkonservative Gruppe.	342
4. Die staatskonservative Gruppe.	344
§ 30. <i>Der politische Katholizismus in Deutschland.</i>	345
I. Die Grundlegung des deutschen politischen Katholizismus.	347
1. Die Anfänge einer katholischen Partei in Deutschland.	347
2. Die geistigen Wurzeln des politischen Katholizismus in Deutschland	348
3. Der Einfluß des französischen auf den deutschen Katholizismus	349
4. Katholische Fraktionen im Vormärz.	350
II. Der politische Katholizismus und die Stellung von Kirche und Staat	352
1. Der Freiheitsanspruch der Kirche im Staat	352
2. Der Öffentlichkeitsanspruch der Kirche im Staat	354
3. Der Kampf um Ehe und Schule	355
4. Die staatspolitischen Ideen des deutschen Katholizismus.	357
III. Die Richtungen des deutschen Katholizismus.	358
1. Der konservative Katholizismus.	358
a) Die katholisch-konservative Idee.	358
b) Die Führer der katholisch-konservativen Richtung	359
aa) Der Görreskreis.	359
bb) Preußische Repräsentanten der katholisch-konservativen Idee	362

Inhaltsverzeichnis

2. Der liberale Katholizismus	363
a) Die katholisch-konstitutionelle Idee.	363
b) Die Führer der katholisch-konstitutionellen Gruppe.	366
3. Der soziale Katholizismus.	368
a) Die katholische Sozialstaatsidee.	368
b) Die Führer der katholisch-sozialen Richtung.	370
§31. <i>Der deutsche Liberalismus.</i>	371
I. Die liberale Staatstheorie.	374
1. Gemeinschaft und Persönlichkeit in der liberalen Staatstheorie	375
2. Der Staat als Staatsperson und als Träger der Souveränität	376
3. Staatsbürger und Individuum in der liberalen Sicht	378
4. Die Einheit von Gemeinschaft, Persönlichkeit und Freiheit	379
II. Die liberale Verfassungspolitik.	380
1. Der Liberalismus und die Nationalstaatsidee.	380
2. Der Liberalismus und die Bundesstaatsidee.	381
3. Der Liberalismus und das großdeutsch-kleindeutsche Problem	382
4. Der Liberalismus und die Machtstaatsidee.	383
5. Der Liberalismus und die Idee der Realpolitik	386
6. Der konservativ-liberale Verfassungskompromiß	388
III. Die Gruppen des deutschen Liberalismus.	390
1. Die konstitutionell-liberale Partei („rechtes Zentrum“).	391
a) Die Professoren-Gruppe.	392
b) Die rheinische Gruppe.	394
c) Die südwestdeutsche Gruppe.	395
d) Die liberalen Hegelianer.	396
2. Die parlamentarisch-liberale Partei („linkes Zentrum“).	398
§ 32. <i>Der deutsche Radikalismus.</i>	402
I. Die Anfänge des deutschen Radikalismus.	402
1. Der Begriff des Radikalismus	402
2. Die Entwicklungsstufen des Radikalismus.	403
II. Die Verfassungsprinzipien des Radikalismus.	405
1. Die Idee der Volkssouveränität	405
2. Die Idee des nationalen Einheitsstaats.	406
3. Die Idee der Republik.	406
4. Die Idee der Parlamentsherrschaft	407
5. Die Idee der Egalität	408
III. Die Gruppen der deutschen Radikalen.	409
1. Die radikalen Dichter.	409
2. Die radikal-demokratischen Parteien.	410
a) Die gemäßigte Linke.	410
b) Die äußerste Linke.	412

Inhaltsverzeichnis

§ 33. <i>Die Anfänge des Sozialismus in Deutschland.</i>	414
I. Die bürgerliche Klassengesellschaft im Vormärz.	416
II. Der revolutionäre Sozialismus in Deutschland	419
1. Sozialidee und bürgerliche Bewegung.	419
2. Der utopische und der „wahre“ Sozialismus.	420
3. Wilhelm Weitling und der Übergang zum revolutionären Sozialismus	422
III. Die Grundlegung des Marxismus.	424
1. Der junge Marx und die Lehre von der sozialen Revolution.	425
2. Die soziale Revolution als ökonomische Revolution.	427
IV. Das Kommunistische Manifest.	431
1. Der Bund der Kommunisten.	431
2. Das Kommunistische Manifest und die totale Revolution.	431
3. Das Kommunistische Manifest und die deutsche Revolution.	434
Kapitel VII. Die deutschen Länder im Vormärz	435
5 34. <i>Süddeutschland im Vormärz</i>	435
I. Süddeutsches Verfassungsleben 1840-48.	436
1. Bayern im Vormärz.	436
a) Die Politik des Ministeriums Abel.	436
b) Der Sturz des Ministeriums Abel.	438
c) Die Ministerien Maurer und Oettingen-Wallerstein	439
2. Württemberg im Vormärz	439
a) Das Ministerium Maucler.	439
b) Die Festigung der liberalen Opposition.	440
3. Baden im Vormärz.	441
a) Das Ministerium Blittersdorf.	441
b) Der Sturz des Ministeriums Blittersdorf.	442
c) Das Ministerium Bekk.	443
4. Hessen-Darmstadt im Vormärz	444
a) Das Ministerium du Thil.	444
b) Die hessische Opposition.	445
c) Heinrich v. Gagern in der hessischen Kammer.	447
II. Die süddeutschen Parteien am Vorabend der Revolution.	448
1. Der Gegensatz zwischen Liberalen und Radikalen in Süddeutschland	448
2. Die Offenburger und die Heppenheimersammlung.	449
a) Das Offenburger Programm.	449
b) Das Heppenheimers Programm.	450

Inhaltsverzeichnis

§ 35. Österreich im Vormärz	451
I. Die Gruppen der österreichischen Opposition	453
1. Die Opposition der Hofpartei	454
2. Die Opposition der Stände	455
3. Die Opposition der liberalen und der demokratischen Bewegung	456
II. Die österreichische Nationalitätenfrage	458
1. Die Nationalitätenfrage in den nichtdeutschen Gebieten Österreichs.	458
2. Die Nationalitätenfrage und das österreichische Reichsproblem	459
III. Die Nationalbewegung in Lombardo-Venetien	460
1. Die Verfassung des Königreichs.	460
2. Die Widerstandsbewegung in Lombardo-Venetien.	461
3. Die Unruhen um die Wende 1847/48.	462
IV. Die Nationalbewegung im Königreich Ungarn	463
1. Die ungarische Verfassung.	463
2. Die Hauptprobleme Ungarns im Vormärz	465
3. Die Reformmaßnahmen der Regierung im Vormärz.	467
V. Das Königreich Galizien und Lodomerien.	468
1. Die Lage in Galizien nach 1830.	468
2. Der galizische Aufstand von 1846.	469
3. Der Beginn der galizischen Reformen.	470
VI. Die Nationalbewegung im Königreich Böhmen	471
1. Die Regierung Böhmens.	471
2. Die böhmischen Stände.	472
3. Der Kampf um Böhmens altständische Verfassung.	473
4. Die tschechische Nationalstaatsbewegung.	474
§ 36. Preußen im Vormärz	477
I. Das Regierungssystem Friedrich Wilhelms IV.	478
1. Hoffnungen beim Regierungswechsel von 1840.	478
2. Das neue Kabinett	479
3. Die Kamarilla.	482
4. Übersicht: Das preußische Staatsministerium 1841-48.	483
II. Friedrich Wilhelm IV. und die preußische Verfassungsfrage.	484
1. Friedrich Wilhelm IV. und das Verfassungsversprechen seines Vaters	484
2. Die Petition der ostpreußischen Provinzialstände von 1840 und der Sturz des Oberpräsidenten v. Schön	486
3. Der Angriff Johann Jacobys	487
III. Die Vereinigten Ausschüsse.	488
1. Die Berufung der Vereinigten Ausschüsse 1842.	488
2. Die Verhandlungen der Vereinigten Ausschüsse.	489
3. Der Verfassungsplan von 1844.	490

Inhaltsverzeichnis

IV. Der Vereinigte Landtag	492
1. Die Berufung des Vereinigten Landtags 1847.	492
2. Die Zusammensetzung des Vereinigten Landtags.	493
3. Die Eröffnung des Vereinigten Landtags.	495
4. Der Kampf um die Periodizität des Vereinigten Landtags.	496
5. Die Bewilligung der Periodizität.	498

C. Die deutsche Revolution

Kapitel VIII. Die Märzrevolution.	502
§ 37. <i>Die Revolution in Süddeutschland</i>	502
I. Wesen und Ziel der süddeutschen Revolution.	503
II. Die Märzbewegung in den süddeutschen Ländern.	505
1. Der Umsturz in Bayern.	505
2. Der Umsturz in Württemberg.	507
3. Die erste badische Revolution.	509
a) Die Märzbewegung in Baden.	509
b) Der Aprilaufstand in Baden.	511
§ 38. <i>Die Revolution im Rhein-Main-Gebiet</i>	514
I. Hessen-Darmstadt	514
II. Nassau	516
III. Kurhessen.	519
IV. Frankfurt	522
1. Die Konstitutionsergänzungsakte von 1816.	522
2. Die Verfassungsbewegung in Frankfurt.	523
§ 39. <i>Die Revolution in Mitteldeutschland</i>	525
I. Sachsen.	526
1. Sachsen im Vormärz.	526
2. Die Märzbewegung in Sachsen.	528
II. Die thüringischen Herzogtümer.	530
1. Sachsen-Weimar-Eisenach.	530
2. Sachsen-Altenburg	532
3. Sachsen-Meiningen-Hildburghausen	533
4. Sachsen-Koburg-Gotha	533

Inhaltsverzeichnis

III. Die anhaltischen Herzogtümer	534
1. Anhalt-Dessau-Köthen	534
2. Anhalt-Bernburg	535
§ 40. <i>Die Revolution in Norddeutschland</i>	536
I. Hannover	537
II. Braunschweig	539
III. Oldenburg	540
IV. Mecklenburg	541
1. Die altständische Verfassung	541
2. Die Märzbewegung 1848	542
V. Die Freien und Hansestädte	544
1. Hamburg	544
a) Hamburg im Vormärz	544
b) Hamburg und die Märzbewegung	545
2. Bremen	546
3. Lübeck	547
§ 41. <i>Die Revolution in Österreich</i>	547
I. Der Sturz des Metternichschen Systems	550
1. Der 13. März 1848 in Wien	550
2. Der 14. und 15. März 1848 in Wien	552
II. Der Kampf um die österreichische Verfassung	553
1. Das Ministerium Ficquelmont und die Verfassung vom 25. April 1848	553
2. Das Ministerium Pillersdorf	555
3. Die Aufstände vom 15. und 26. Mai 1848	555
4. Der Sicherheitsausschuß, die Regentschaft des Erzherzogs Johann und das Ministerium Wessenberg	557
5. Der Wiener Reichstag	558
III. Die Revolution in den habsburgischen Königreichen	560
1. Die Revolution in Böhmen	560
2. Die Revolution in Galizien	564
3. Die Revolution in Lombardo-Venetien	565
4. Die Revolution in Ungarn	566
a) Die Selbständigkeit des Königreichs Ungarn	566
b) Der Nationalitätenkampf in Ungarn	568
§ 42. <i>Die Revolution in Preußen</i>	571
I. Der preußische Umsturz	572
1. Der Beginn der preußischen Unruhen (3.-17. März 1848)	572
2. Der 18. März 1848	573
3. Der 19. März 1848	575

Inhaltsverzeichnis

II. Die Umbildung der preußischen Regierung	576
1. Das Ministerium Arnim-Boitzenburg	576
2. Das Ministerium Camphausen-Hansemann	579
3. Die konservative Fronde	580
III. Vom Vereinigten Landtag zur preußischen Nationalversammlung	582
1. Der Zweite Vereinigte Landtag	582
2. Die Wahl der preußischen Nationalversammlung	584
Kapitel IX. Die Frankfurter Nationalversammlung	587
§ 43. <i>Der Weg zum deutschen Nationalparlament.</i>	587
I. Nationalstaatsgedanke und Bundesreformpläne am Vorabend der Revolution	587
II. Südwestdeutschland und das deutsche Nationalparlament	589
1. Die Bassermann-Gagernschen Anträge	589
2. Meinungskämpfe um die Form des Nationalparlaments	591
3. Die Heidelberger Versammlung	593
III. Bundestag und Vorparlament	595
1. Der Bundestag und die Märzrevolution	595
a) Die Bundesbeschlüsse vom 29. Februar bis 29. März 1848	595
b) Die Umbildung des Bundestags	597
2. Das Vorparlament	598
a) Das Zusammentreten des Vorparlaments	598
b) Das Vorparlament und der Struvesche Antrag	599
c) Der Kampf um die Permanenz des Vorparlaments	602
d) Der Kampf um die Epuration des Bundestags	602
e) Die Einsetzung des Fünfzigerausschusses	603
§ 44. <i>Das Frankfurter Reichsparlament.</i>	604
I. Die Wahl der Nationalversammlung	606
1. Das Bundeswahlgesetz und die Landeswahlordnungen	606
2. Der Wahlakt	608
II. Die Struktur der Nationalversammlung	610
1. Die gesellschaftliche Gliederung der Nationalversammlung	610
2. Die politische Gliederung der Nationalversammlung	612
III. Die Fraktionen der Nationalversammlung	613
1. Die konservative Rechte	614
2. Die liberale Mitte	615
3. Die demokratische Linke	617

Inhaltsverzeichnis

§ 45. Reichsparlament und Reichszentralgewalt.	619
I. Die Verfassungsgewalt des Reichsparlaments.	619
1. Alleinentscheidungsrecht oder Vereinbarungsprinzip.	619
2. Die Nationalversammlung und die Landesparlamente.	622
II. Die Einsetzung des Reichsverwesers.	623
1. Die Bedeutung der Vorentscheidung über die Reichsexekutivgewalt.	623
2. Der Bundestag und das Problem eines Bundesexekutivorgans.	623
3. Die Nationalversammlung und das Problem eines Reichsexekutivorgans.	624
4. Die Wahl des Reichsverwesers.	626
III. Das Reichsministerium.	628
1. Das Kabinett Leiningen.	629
2. Die Kabinette Schmerling und Gagern.	630
3. Die Kabinette Grävell und Sayn-Wittgenstein.	631
IV. Reichszentralgewalt und Bundestag.	631
§ 46. Die auswärtigen Angelegenheiten Deutschlands.	633
I. Die auswärtige Gewalt der Reichszentralorgane.	634
1. Die völkerrechtliche Anerkennung des deutschen Gesamtstaats.	634
2. Die Reichsgesandtschaften.	636
3. Die deutschen Einzelstaaten und die Reichsgesandtschaften.	638
II. Deutschland und die Nationalitätenfrage.	639
1. Die polnische Frage.	639
a) Die Arnimsche Polenpolitik.	639
b) Die preußische Teilungspolitik und der Bundestag.	641
c) Die posensche Frage.	642
2. Die böhmisch-mährische Frage.	643
3. Die Südtiroler Frage.	645
4. Die limburgische Frage.	646
§ 47. Die deutschen Militärangelegenheiten.	647
I. Die Kernfrage der deutschen Wehrverfassung.	648
1. Unitarismus und Föderalismus in der Wehrverfassung.	648
2. Das Nationalparlament und die deutsche Nationalarmee.	649
II. Der Kampf um die deutsche Kommandogewalt.	650
1. Das Gesetz vom 28. Juni 1848 und die Kommandogewalt.	650
2. Der Huldigungserlaß des Reichskriegsministers vom 16. Juli 1848.	651
3. Die Kommandogewalt des Reichsverwesers und die Einzelstaaten.	653
4. Die Frankfurter Reichsverfassung und die Kommandogewalt.	654
III. Die deutsche Flotte.	655
1. Die bürgerliche Bewegung und die Flottenfrage.	655
2. Die Begründung der deutschen Kriegsmarine.	656

Inhaltsverzeichnis

3. Das Reichshandelsministerium und die deutsche Marinebehörde	658
4. Der völkerrechtliche Status der deutschen Flotte	659
§ 48. Die Nationalversammlung und die schleswig-holsteinische Frage.	660
I. Die schleswig-holsteinische Frage bis 1848.	661
1. Schleswig-Holstein bis zur Julirevolution.	661
2. Schleswig und Holstein im Vormärz	663
3. König Christians „Offener Brief“ vom 8. Juli 1846.	665
II. Die schleswig-holsteinische Erhebung	666
1. Die Widerstandserklärung vom 24. März 1848.	666
2. Die Eibherzogtümer und der Bundestag	668
3. Der Bundeskrieg gegen Dänemark und die Nationalversammlung	671
III. Der Waffenstillstand von Malmö.	673
1. Das Waffenstillstandsabkommen vom 26. August 1848.	673
2. Der Protest des Reichskabinetts Leiningen.	674
3. Der Sistierungsbeschluß der Nationalversammlung.	676
4. Regierungskrise und Parlamentskrise.	677
5. Der Ratifikationsbeschluß der Nationalversammlung.	679
Kapitel X. Der Fehlschlag der Zweiten Revolution.	682
§ 49. Außerparlamentarische Bewegungen und Veranstaltungen bis zum September 1848.	682
I. Das Junkerparlament (18./19. August 1848).	683
II. Der Handwerker-und Gewerbekongreß (15. Juli 1848).	684
III. Die Vereinigungen des deutschen Katholizismus.	685
IV. Der Erste Demokratenkongreß (13. Juni 1848).	687
V. Der Sozialismus und die deutsche Revolution.	689
1. Der revolutionäre Sozialismus und die Märzrevolution.	689
2. Die Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung und der Berliner Arbeiter- kongreß (23. August bis 3. September 1848).	691
5 50. Die Septemberrevolution.	694
I. Der deutsche Radikalismus und die Zweite Revolution.	694
1. Die Ziele der Zweiten Revolution.	694
2. Der September 1848 und die Zweite Revolution.	695
II. Der Frankfurter Aufstand.	697
1. Die Erhebung und Niederlage der radikalen Partei.	697
2. Der Frankfurter Abgeordnetenmord.	699
3. Die Abwehrmaßnahmen der Reichszentralgewalt	700
III. Der zweite badische Aufstand.	701

Inhaltsverzeichnis

§ 51. <i>Außerparlamentarische Bewegungen und Veranstaltungen im Oktober 1848</i>	703
I. Der deutsche Katholizismus im Oktober 1848.	703
1. Der Mainzer Katholikentag (3. bis 6. Oktober 1848).	703
2. Die Würzburger Bischofskonferenz (22. Oktober bis 16. November 1848).	705
II. Der deutsche Radikalismus im Oktober 1848.	705
1. Der Zweite Demokratenkongreß (26. bis 31. Oktober 1848).	705
2. Das Gegenparlament (27. Oktober 1848).	709
Kapitel XL Die Gegenrevolution	710
§ 52. <i>Die Gegenrevolution in Österreich</i>	710
I. Österreich und die Zweite Revolution.	710
1. Der Wiener Radikalismus im September 1848.	710
2. Der Bruch mit Ungarn.	711
3. Die Oktoberrevolution.	712
II. Die Eroberung Wiens durch Windischgrätz.	714
1. Windischgrätz und Schwarzenberg.	714
2. Die Intervention der Reichszentralgewalt.	714
3. Der Kampf um Wien.	716
4. Der Prozeß Robert Blum.	717
III. Die österreichische Restauration.	720
1. Das System Schwarzenberg.	720
2. Das Kaisertum Franz Josephs.	723
§ 53. <i>Die Anfänge des preußischen Verfassungskampfs</i>	724
I. Die ersten Unruhen und Krisen.	724
1. Der Berliner Radikalismus.	724
2. Der Streit um die „Anerkennung der Revolution“.	725
3. Der Zeughaussturm und der Sturz des Ministeriums Camphausen	727
4. Das Kabinett Auerswald-Hansemann.	727
II. Der Beginn der Verfassungsarbeit	729
1. Der Regierungsentwurf.	729
2. Die Charta Waldeck.	730
III. Die konservative Opposition.	732
1. Kreuzzeitungspartei und Militärpartei.	732
2. Der Schweidnitzer Zwischenfall und der Antrag Stein.	735
§ 54. <i>Die preußische Verfassungskrise</i>	737
I. Die Regierungskrisen vom September und Oktober 1848.	737
1. Der Sturz der Regierung Auerswald-Hansemann.	737
2. Das Ministerium Pfuel.	739

Inhaltsverzeichnis

3. Der Anti-Reaktions-Erlaß	741
4. Die Oktoberkrise	742
5. Der Rücktritt Pfuels	745
II. Das Kabinett Brandenburg	746
1. Die Berufung Brandenburgs	746
2. Die Zusammensetzung des Ministeriums Brandenburg	748
III. Übersicht: Das preußische Staatsministerium 1848-50	750
§ 55. <i>Der preußische Staatsstreich</i>	751
I. Der offene Konflikt	751
1. Die Verlegung und Vertagung der Nationalversammlung	751
2. Befehlsverweigerung der Bürgerwehr und Belagerungszustand	754
3. Der Steuerverweigerungsbeschluß der Nationalversammlung	755
II. Die Intervention der Reichsgewalt	756
1. Die Mission Bassermann	757
2. Die Beschlüsse der Frankfurter Nationalversammlung	758
3. Der Aufruf des Reichsverwesers	759
4. Die Entsendung der Reichskommissare	760
5. Die Mission Gagern	760
III. Der Sieg der preußischen Regierung	762
1. Die Auflösung der Nationalversammlung	762
2. Die oktroyierte Verfassung	763
3. Die staatsrechtliche Bedeutung der Staatsstreichs	764
Kapitel XII. Der Kampf um die Reichsverfassung	767
§ 56. <i>Der Verfassungsentwurf der Siebzehn</i>	767
I. Der Verfassungsvorschlag der Siebzehn	767
1. Die Entstehung des Siebzehnerentwurfs	767
2. Der Inhalt des Siebzehnerentwurfs	768
II. Der Mißerfolg der Siebzehn	769
1. Die Problematik des Siebzehnerentwurfs	769
2. Die Kritik am Siebzehnerentwurf	772
§ 57. <i>Der Kampf um die Freiheit</i>	774
I. Entstehung und Geltungskraft der Frankfurter Grundrechte	774
II. Sinn und Inhalt der Frankfurter Grundrechte	776
1. Der Sinngehalt der Grundrechte	776
2. Die Grundrechte der Einzelnen	778
a) Die Freiheit der Person	778
b) Die Freiheit des Denkens, des Glaubens und der Bildung	779
c) Die Freiheit des Eigentums	780

Inhaltsverzeichnis

3. Die institutionellen Garantien	780
4. Grundrechte und Gesetzesvorbehalte.	781
III. Der Streit um die Verbindlichkeit des Grundrechtsgesetzes.	782
§ 58. <i>Der Kampf um die Gleichheit.</i>	784
I. Der Kampf um das Zweikammersystem.	784
II. Der Kampf um das Veto.	786
1. Absolutes und suspensives Veto.	786
2. Das suspensive Veto in der Reichsverfassung.	787
III. Das Frankfurter Wahlrecht	787
1. Die Wahlrechtsdebatten der Nationalversammlung.	787
2. Der Frankfurter Wahlrechtskompromiß.	789
§ 59. <i>Der Kampf um die Einheit.</i>	791
I. Nationalstaat und Föderativsystem.	792
1. Unitarismus und Föderalismus.	792
2. Erhaltung oder Mediatisierung der kleinen Länder?.	794
II. Die österreichische Frage.	796
1. Bedingungen der großdeutschen Lösung.	796
2. Die Idee des Siebzigmillionenreichs.	797
3. Der Kampf um Einheit oder Spaltung des österreichischen Gesamtstaats.	798
4. Der Plan des engeren und des weiteren Bundes.	800
5. Die Ablehnung des Doppelbundes.	801
6. Die kleindeutsche und die großdeutsche Partei.	803
7. Die österreichisch-preußischen Verhandlungen über die deutsche Frage.	806
§ 60. <i>Der Kampf um die Führung.</i>	807
I. Die Kaiserfrage.	807
II. Das Erbkaisertum.	809
1. Die Nationalversammlung und das Erbkaisertum bis zum Januar 1849.	809
2. Die deutschen Länder und das Erbkaisertum.	810
3. Die deutschen Länder und der Reichsverfassungsentwurf erster Lesung.	812
III. Die Entscheidung über die Reichsverfassung.	814
1. Das österreichische Ultimatum vom 9. März 1849.	814
2. Der Sieg der kleindeutsch-erbkaiserialichen Partei.	815
IV. Die Frankfurter Kaiserwahl.	817
1. Die Abstimmungen von 27. und 28. März 1849.	817
2. Demokratie und Kaisertum.	817

Inhaltsverzeichnis

§61. Die Reichsgewalt in der Frankfurter Reichsverfassung.	821
I. Der Umfang der Reichsgewalt	821
1. Die auswärtige Gewalt	822
2. Die Militärgewalt	822
3. Die gesetzgebende Gewalt	823
a) Der Zuständigkeitskatalog.	823
b) Das Gesetzgebungsverfahren.	824
4. Die Gerichtsgewalt.	825
5. Die Vollzugsgewalt	825
a) Die Wahrung des inneren Reichsfriedens.	825
b) Die innere Verwaltung.	826
II. Die Organe der Reichsgewalt	826
1. Der Kaiser.	827
2. Die Reichsregierung.	828
3. Der Reichstag	829
5 62. Der Verfassungsschutz in der Frankfurter Reichsverfassung.	831
I. Der Verfassungseid.	831
1. Der Verfassungseid des Reichsoberhauptes.	832
2. Der Verfassungseid der Minister, der Beamtenschaft und der Armee	832
3. Der Eid der Abgeordneten.	833
II. Die Verfassungsgerichtsbarkeit	833
1. Die föderativen Verfassungsstreitigkeiten.	833
2. Die Verfassungsstreitigkeiten innerhalb des Reichs.	834
3. Die Verfassungsstreitigkeiten innerhalb eines Landes.	834
4. Die Verfassungsbeschwerde.	835
5. Die Ministeranklage.	836
6. Die Hoch- und Landesverratsfälle.	837
7. Die Fiskusklagen.	837
III. Der exekutive Verfassungsschutz	837
1. Die Reichsintervention.	838
2. Die Reichsexekution.	839
3. Der Reichsbelagerungszustand.	840
IV. Die Verfassungsänderung.	841
Kapitel XIII. Das Scheitern der Reichsverfassung	842
§ 63. Die Ablehnung der Kaiserkrone.	842
I. Die staatsrechtliche Lage nach der Kaiserwahl.	842
II. Annehmen oder Ablehnen?.	844
III. Die Entscheidung des Königs.	846
1. Der historische Sinn Friedrich Wilhelms IV.	846

Inhaltsverzeichnis

2. Die Antwort an die Kaiserdeputation	847
3. Die endgültige Entscheidung	850
§ 64. <i>Die Verwerfung der Reichsverfassung.</i>	851
I. Der Kampf um die Anerkennung der Reichsverfassung	851
II. Die Annahme der Reichsverfassung durch die 28 Regierungen	852
III. Die preußische Ablehnung	854
IV. Die Reichszentralgewalt nach dem Scheitern der Reichsverfassung....	856
1. Das Ende des Reichsministeriums Gagern	856
2. Die Reichsministerien Grävell und Sayn-Wittgenstein	857
3. Preußen und die Reichszentralinstanzen	858
4. Der Zerfall der Nationalversammlung	860
§ 65. <i>Die Mairevolution 1849.</i>	861
I. Die preußische Landwehrmeuterei	862
II. Der sächsische Aufstand	865
1. Sachsen und die Anerkennung der Reichsverfassung	865
2. Die Dresdener Mairevolution	866
III. Der pfälzische Aufstand	868
1. Bayern und die Anerkennung der Reichsverfassung	868
2. Die rheinpfälzische Erhebung und die Frankfurter Reichsinstanzen	869
3. Die preußische Intervention in der Rheinpfalz	871
IV. Die dritte badische Revolution	872
1. Der badische Militäraufstand	872
2. Die Einsetzung der revolutionären Landesregierung	873
3. Die Reichs- und preußische Intervention in Baden	875
§ 66. <i>Das Ende der Nationalversammlung und der Reichszentralgewalt.</i>	877
I. Das Stuttgarter Rumpfparlament	877
II. Die Wahl der Reichsregentschaft	878
III. Die Auflösung des Rumpfparlaments	881
IV. Das Ende der Reichsverweserschaft und das Interim	883
Kapitel XIV. Erfurt und Olmütz	885
§ 67. <i>Die Erfurter Union.</i>	885
I. Das Dreikönigsbündnis vom 26. Mai 1849	885
1. Der preußische Unionsplan	885
2. Die Berliner Konferenzen und der Abschluß des Dreikönigsbündnisses.	887
3. Die Unionsverfassung vom 28. Mai 1849.	888

Inhaltsverzeichnis

II.	Österreich und Preußen im Kampf um die Union	889
1.	Die deutsche Öffentlichkeit und die Union	889
2.	Die deutschen Einzelstaaten und die Union	889
3.	Der österreichische Widerstand gegen die Union.	891
4.	Die Additionalurkunde zur Unionsverfassung.	892
5.	Das Vierkönigsbündnis.	893
III.	Der Erfurter Reichstag	894
1.	Die Zusammensetzung des Unionsparlaments.	894
a)	Die Erfurter Rechte.	895
b)	Die Erfurter Linke.	896
2.	Die Verabschiedung der Erfurter Verfassung	896
 <i>S 68. Die Wiederherstellung des Bundestags.</i>		 898
I.	Die Wiederberufung des Bundestags und die Erfurter Union	898
1.	Der Berliner Fürstenkongreß	898
2.	Die Frankfurter Konferenz	900
3.	Das Programm des Sechs Punkte.	901
4.	Das provisorische Bundesverhältnis der unionstreuen Regierungen	902
II.	Die Anfänge des holsteinischen Konflikts.	904
1.	Die schleswig-holsteinische Frage seit dem Waffenstillstand von Malmö	904
2.	Der Interventionsbeschluß des Rumpfbundestags	906
III.	Die Anfänge des kurhessischen Konflikts.	908
1.	Die kurhessische Verfassungskrise.	908
2.	Die kurhessische Renitenz und das Normenkontrollverfahren vor dem Oberappellationsgericht Kassel.	910
3.	Der Interventionsbeschluß gegen Kurhessen.	911
4.	Der preußische Protest gegen die Bundesintervention in Kurhessen	912
5.	Kurhessen unter dem Kriegszustand.	914
 <i>§ 69. Die Olmützer Punktation.</i>		 915
I.	Die Novemberkrise 1850.	915
1.	Der Bregenzer Vertrag.	915
2.	Die Warschauer Übereinkunft	916
3.	Der Bundes-Einmarsch in Kurhessen	917
II.	Die Beilegung des österreichisch-preußischen Konflikts.	919
1.	Der Vertrag von Olmütz	919
2.	Die preußische Ratifikation	921
III.	Die Dresdener Konferenzen.	923
1.	Das Scheitern der Bundesreform.	923
2.	Die Restitution des Frankfurter Bundestags	925

Inhaltsverzeichnis

70. Die Bundesintervention in Kurhessen und Holstein.	926
I. Die Intervention in Kurhessen.	926
1. Die Beugung der kurhessischen Renitenz.	926
2. Die Unterwerfung des Oberappellationsgerichts Kassel.	927
3. Die Aushöhlung der Verfassung im Verordnungsweg.	928
4. Die oktroyierte Verfassung vom 13. April 1852.	930
5. Die Rechtsfrage beim Erlaß der kurhessischen Verfassung.	931
II. Die Intervention in Holstein.	933
1. Die Auflösung der Statthalterschaft.	933
2. Die Übergabe Holsteins an Dänemark.	934
3. Die dänische Thronfolgefrage und das Zweite Londoner Protokoll.	935